

# Faul oder zielgerichtet?

Solothurner Berufsbildner diskutieren am EBA-Forum über die Generation Z.

Felix Ott

Sie sind faul, ständig am Handy und beziehungsunfähig. So lauten die Vorurteile gegenüber der Generation Z. Es handelt sich dabei um jene Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zwischen 1997 und 2012 zur Welt gekommen sind – und die aktuell ins Berufsleben eintreten. Sie sind Zielgruppe und Thema des 14. Infotags zum eidgenössischen Berufsattest (EBA) in Solothurn.

Die Infoveranstaltung wird jährlich vom Alten Spital Solothurn und einem Projektteam aus Fachpersonen der Berufsbildung im Kanton Solothurn organisiert. Rund 540 Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule B und der Integrationsprogramme haben den Informationsaustausch über die zweijährige Grundbildung EBA besucht, sagt Sacha Studer Mösch, Bereichsleiter Soziokultur im Alten Spital. Berufliche Grundbildungen mit Berufsattest sind 2-jährige Lehren. Sie richten sich vor allem an Jugendliche, die hauptsächlich praktisch begabt sind.

## Überstimuliert, überwältigt und überfordert

Den Abschluss der Informationsveranstaltung bildete das EBA-Forum. Am Podium wur-



Das EBA-Forum thematisiert die Herausforderungen in der Berufsbildung mit der Generation Z. V.l.: Christiane Büchli (Moderation), Thomas Rüeger (Fraktionspräsident Sekundarlehrpersonen), Andrea Fallegger (Neoviso AG), Christian Graf (Berufsschullehrer). Bild: Hanspeter Bärtschi

den der Umgang und die Herausforderungen in der Berufsbildung mit der Generation Z thematisiert. Zuvor stellte Andrea Fallegger von der Beratungs- und Marketingfirma Neoviso AG in einem Referat das Mindset der Generation Z vor und gab Tipps für die Rekrutierung sowie Führung der jungen Generation.

Es gebe laut Fallegger drei Thesen, die Berufsbildnerinnen

und Berufsbildner beim Umgang mit der Generation Z verstehen müssen: Die junge Generation ist überstimuliert von Reizen, überwältigt von Angeboten und überfordert mit Selbstorganisation. Deshalb erwarte die Generation Z von Führungspersonen eine klare und vor allem schnelle Kommunikation sowie Flexibilität im Arbeitsalltag.

Sie wünsche sich Inspiration und Vorbilder. Vorgesetzte sollen den Berufsalltag leben, den sie anpreisen. Wenn flexible Arbeitszeiten möglich sind, soll dies auch von Führungspersonen vorgelebt werden. Zudem sollen Vorgesetzte nicht perfekt wirken. Die Generation Z wünsche sich, so Fallegger, dass auch Führungspersonen Fehler eingestehen und über Herausforderungen

in ihrem Alltag sprechen. So fühle sich die Generation Z besser verstanden und sei weniger eingeschüchtert.

Die junge Generation bringe im Gegenzug auch einiges mit, sagt Fallegger. Sie könne Informationen schnell ordnen, sich flexibel an neue Situationen anpassen, alte Denkmuster brechen und neue Ansätze einbringen. Zudem seien Jugend-

liche und junge Erwachsene affiner im Umgang mit neuen Technologien als die Vorgängergenerationen.

## Generation nicht in einen Topf werfen

In der anschliessenden Podiumsdiskussion warnt Thomas Rüeger, Fraktionspräsident Sekundarlehrpersonen beim Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn, davor, die ganze Generation Z in einen Topf zu werfen und als homogene Gruppe zu betrachten. Auch der Berufsschullehrer Christian Graf stimmt zu. Man müsse mit den einzelnen Jugendlichen sprechen und auf ihre individuellen Bedürfnisse eingehen.

Dennoch sei es wichtig, sich gewisser Verhaltensmuster bewusst zu sein, wirft Andrea Fallegger ein. Umso besser, wenn dieses Verständnis auch auf andere Generationen anwendbar ist.

In einem Punkt sind sich die Podiumsteilnehmenden einig: Man könne sich kein Bild einer Generation machen, ohne mit dieser zu sprechen. Dabei wird eine leise Kritik an der Veranstaltung offensichtlich: Andrea Fallegger ist als Expertin der Generation Z an diesem Abend auch die einzige Vertreterin dieser Altersklasse.

## Investition in die Zukunft oder schlicht zu teuer?

30 Franken mehr pro Monat: Um diesen Beitrag sollen die Kinder- und Ausbildungszulagen für Familien gemäss einem politischen Vorstoss im Kanton erhöht werden. Ein weiterer Auftrag will die Familienergänzungsleistungen ausbauen. Konkret soll die Altersgrenze des jüngsten Kindes von sechs auf zwölf Jahre angehoben werden. Eine sinnvolle Idee für die einen, ein Hemmnis für die hiesige Wirtschaft für andere.

### Pro

Familien sind die kleinste, aber wichtigste Einheit unserer Gesellschaft. Geht es den Familien gut, geht es der Gesellschaft gut. Was wir heute in die Familien und Kinder säen, werden wir zukünftig ernten.

Aus diesem Grund erachte ich es nicht nur als sinnvoll, sondern als essenziell, dass Familien unterstützt werden. Dies geschieht bereits auf verschiedene Arten. Trotzdem zeigte das erste Familienbarometer von Pro Familia auf, dass viele Familien finanziell am Anschlag sind. Bei der Frage «Was würde Ihr Familienleben verbessern?» war die mit Abstand am meisten genannte Antwort «mehr finanzielle Ressourcen». Zugegeben soll der Faktor Geld für das Wohlbefinden nicht primärer Grund sein. Unbestritten hat Geld aber einen Einfluss darauf.

Eine finanzielle Unterstützung, die sich bewährt hat, sind die Kinder- beziehungsweise Ausbildungszulagen. Diese betragen pro Kind aktuell 200 respektive 250 Franken. Damit ist der Kanton

Solothurn einer von sechs Kantonen, die nur das gesetzliche Minimum zahlen, und deutlich unter dem schweizerischen Schnitt.

Während viele Angestellte in letzter Zeit mit einer teuerungsbedingten Lohnerhöhung rechnen durften, bleiben die Familienzulagen unverändert. Mit meinem Auftrag möchte ich erreichen, dass auch hier die Kostensteigerungen der letzten Monate und Jahre berücksichtigt und die Familienzulagen entsprechend angepasst werden.

Der Regierungsrat verweist in seiner Stellungnahme auf die daraus entstehenden Kosten. Zwar ist dieses Argument sachlich korrekt, doch leider geht er nur auf die eine Seite der Medaille – die Kosten – ein, während er den Nutzen und die Wichtigkeit für die Familien komplett ausblendet.

Dabei ist sich der Regierungsrat der Familienarmut durchaus bewusst. Dies zeigt sich in seiner Antwort zum Vorstoss «Familienergänzungsleistungen». Dort «begrüss» er die

Stossrichtung, «wonach die Familienarmut weiter verringert (...) werden soll». Und dennoch lehnt er auch diesen Auftrag ab, ohne aufzuzeigen, wie er der Familienarmut anderweitig begegnen will.

Dass Wirtschaft und Kanton durchaus bereit sind, Geld zu investieren, zeigt sich darin, dass es grosse Anstrengungen gibt, die externe Kinderbetreuung finanziell zu unterstützen. Dies ist für mein Verständnis jedoch primär wirtschafts- und weniger familienpolitisch motiviert. Die beiden erwähnten Aufträge wären insofern fairer, als dass sie alle Familien gleichermassen, unabhängig vom gewählten Familienmodell, unterstützen würden. Denn auch Kinderbetreuung zu Hause hat ihren Wert.



André Wyss, Kantonsrat EVP, Rohr

### Kontra

Es ist unbestritten, dass die Belastungen der Familien gestiegen sind. Die Familien-Ergänzungsleistung ist ein gutes Mittel, um Familien mit tiefem Einkommen zu entlasten und aufzufangen, damit sie nicht in die Sozialhilfe rutschen. Ob eine Erhöhung der Altersschwelle, bis zu der die Leistung beantragt werden kann, wirklich nötig ist, ist nicht faktenbasiert dargelegt.

Es bestehen keine Zahlen, die das ausweisen. Könnte mit einer Ausweitung auf 8 Jahre ein weiterer grosser Teil armer Familien aufgefangen werden? Ist eine Ausweitung überhaupt zielführend? Ich teile die Auffassung des Regierungsrats, der im Rahmen des Armutsmonitorings zuerst geklärt haben möchte, ob eine Erhöhung der Altersschwelle das geeignetste Mittel ist, um die Familien nachhaltig zu unterstützen.

Der Schuleintritt ermöglicht vielen Eltern eine höhere Arbeitstätigkeit und die Kinder brauchen mit zunehmendem Alter weniger Betreuung, weil sie mehr in der Schule sind, Freizeitangebote besuchen und – wenn sie grösser sind – auch

mal eine Stunde allein sein können. Auch sind die Angebote der schulergänzenden Kinderbetreuung ausgebaut worden oder werden in vielen Gemeinden ausgebaut.

Dies kann ebenso zur Entlastung des Familienbudgets beitragen, da die Kosten in vielen Gemeinden einkommensabhängig verrechnet und die Plätze stark subventioniert werden. Auch der Kanton unterstützt mit grossem Aufwand familienexterne Kinderbetreuungsangebote. Die Berufstätigkeit der Eltern ist langfristig nachhaltiger, auch in Bezug auf die Vorbeugung gegen die Altersarmut.

Bevor ich einer Erhöhung der Altersschwelle zustimmen könnte, brauche ich Fakten, die die Notwendigkeit und die Wirksamkeit ausweisen. Alle Beiträge müssen irgendwo durch irgendwen erwirtschaftet werden, damit sie ausgerichtet werden können.

Der Erhöhung der Kinderzulagen stehe ich ebenfalls kritisch gegenüber. Diese müssen von Arbeitgebern, respektive von

Selbstständigerwerbenden getragen werden. Eine Erhöhung der Lohnabgaben würde den Wirtschaftsstandort schwächen und die Unternehmen weniger konkurrenzfähig werden lassen. Auch bei der Umsetzung dieses Auftrags müsste der Kanton mitfinanzieren.

Bei einem strukturellen Defizit von weit über 100 Millionen Franken kann nicht alles Wünschbare umgesetzt werden und es gilt sorgfältig abzuwägen, wofür wir die Steuergelder einsetzen und welche Prioritäten wir setzen. Leistungen ausserhalb und dann in einem Sparmassnahmenplan wieder abbauen ist einfach sinnlos!

Es wird in der Debatte in den Kommissionen und im Kantonsrat einiges zu diskutieren geben. Ich freue mich darauf.



Barbara Leibundgut, Kantonsrätin FDP, Bettlach